Öffentliche Bekanntmachung der Landeshauptstadt Magdeburg -Der Oberbürgermeister-

über die öffentliche Auslegung des Antrages zur Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung für die der öffentlichen Abwasserentsorgung dienenden Anlagen für das Reinigungsgebiet 16, Mittagstraße (West) in der Gemarkung Magdeburg.

Auf der Grundlage des § 9 Abs. 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes (GBBerG) vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2192) zuletzt geändert durch Artikel 93 der Neunten Zuständigkeitsverordnung vom 31.10.2006 (BGBl. I S.2407) in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Durchführung des Grundbuchbereinigungsgesetzes und anderer Vorschriften auf dem Gebiet des Sachenrechts (Sachenrechts-Durchführungsverordnung - SachenR-DV-) vom 20.12.1994 (BGBl. I S. 3900) haben die Städtischen Werke Magdeburg GmbH (SWM) im Namen und im Auftrag der Abwassergesellschaft Magdeburg mbH (AGM), vertreten durch die Geschäftsführung, Am Alten Theater 1, 39104 Magdeburg, bei der Landeshauptstadt Magdeburg als Untere Wasserbehörde für die der öffentlichen Abwasserentsorgung dienenden Anlagen für das Reinigungsgebiet 16, Mittagstraße (West) in der Gemarkung Magdeburg, die Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung beantragt.

Die Bescheinigung begründet eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für das nachfolgend genannte Grundstück zugunsten des Antragstellers. Sie umfasst das Recht, in eigener Verantwortung und auf eigenes Risiko das belastete Grundstück für den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung der Anlage zu nutzen, Wasser in einer Leitung über das Grundstück zu führen sowie das Grundstück zu betreten.

Die Rohrleitungen erstrecken sich auf nachfolgend genanntes Grundstück.

Gemarkung Magdeburg der Landeshauptstadt Magdeburg, **Flur 273**

Flurstück:

3708/693

Gemäß § 7 der SachenR-DV werden die Antragsunterlagen vier Wochen von dem Tag der Bekanntmachung an bei der Landeshauptstadt Magdeburg, Untere Wasserbehörde, Julius-Bremer-Str.8, 39104 Magdeburg; Zimmer 702 jeweils zu den Dienstzeiten öffentlich ausgelegt.

Widerspricht der Grundstückseigentümer rechtzeitig während der Frist, wird die Bescheinigung mit einem entsprechenden Vermerk erteilt.

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen:

Die Dienstbarkeit ist per Gesetz entstanden. Ein Widerspruch des Grundstückseigentümers kann nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstücks besteht.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die von dem antragstellenden Entsorgungsunternehmen dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist, das Grundstück gar nicht von der Leitung betroffen ist oder in anderer Weise als vom Antragsteller dargelegt.

Magdeburg, den 03.09.2012

Landeshauptstadt Magdeburg